

**Für Beamte, Richter und Berufssoldaten, die ab dem Jahr 2007 vom Bund eingestellt werden, soll ein Versorgungsfonds angelegt werden. Dazu hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes vorgelegt.**

**D**urch den „Versorgungsfonds des Bundes“ werden die Personalkosten der beamteten Beschäftigten transparenter und vergleichbar mit denen der Angestellten des öffentlichen Dienstes. Mit den geplanten Rückstellungen für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte werden die Versorgungskosten der Periode zugeordnet, in der die Versorgungsansprüche tatsächlich begründet werden. Finanzielle Versorgungslasten werden nicht mehr den nachfolgenden Generationen aufgebürdet.

Nach Auffassung von Verkehrsgewerkschaft GDBA und dbb muss die Beamtenversorgung dauerhaft auf stabilen Fundamenten ruhen.

### Derzeitige Versorgungsrücklage

Nach dem derzeitigen Versorgungsrücklagegesetz von 1999 ist die Anlage der Mittel des bestehenden Sondervermögens des Bundes auf handelbare Schuldverschreibungen des Bundes begrenzt. Dies führt allerdings zu einer relativ niedrigen Verzinsung und steht einer höheren Anlagerendite entgegen, die ohne Beeinträchtigung der Anlagesicherheit erzielbar

# Versorgungsfonds für neu eingestellte Beamte

wäre. Künftig sollen deshalb alle in Euro ausgegebenen handelbaren Schuldverschreibungen, die eine gewisse Bonitätsbewertung erreichen, für eine Anlage in Frage kommen. Konkret bedeutet dies, dass Staatsanleihen oder Pfandbriefe von Bund und Ländern, anderen Staaten des Euro-Raumes, supranationalen Organisationen, Hypothekenbanken oder öffentlichen Banken zugelassen werden sollen. Nach Aussage der Bundesregierung entstehen dadurch keine nennenswerten Anlagerisiken. Eine Anlage in Ak-

tien für das bisherige Sondervermögen bleibt weiterhin ausgeschlossen.

### Künftiges Sondervermögen ab dem Jahr 2007

Für das neu anzulegende zusätzliche Sondervermögen „Versorgungsfonds des Bundes“ soll es auch die Möglichkeit geben, bis maximal zehn Prozent der Mittel in Aktien anzulegen. Durch den neuen Versorgungsfonds entstehen für die einzelnen Ressorts – abhängig vom Einstellungsverhalten – zusätzliche gesetzliche Zahlungsver-

pflichtungen, die vorrangig aus Einsparungen bei den Personalausgaben, insbesondere aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit erwirtschaftet werden sollen.

Soweit die daraus zur Verfügung stehenden Mittel für die Zuführungen an den Versorgungsfonds nicht ausreichen, wird das Bundesministerium der Finanzen unter Berücksichtigung ressortspezifischer Besonderheiten die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Insofern können vorübergehende Mehrausgaben nicht ausgeschlossen werden.

## DB Vermittlung: Mehr als verl



Seit Juli 2004 ist Stefan Karbstein bei der DB Netz AG Niederlassung Südwest in Karlsruhe fest angestellt. Hierher kam er durch die DB Vermittlung, nachdem sein vorheriger Arbeitsplatz einer Umstrukturierung zum Opfer fiel.

Der heute 46-Jährige fing 1977 als Junggehilfe bei der Bahn an. Nach einer 15-monatigen Unterbrechung durch den Wehrdienst absolvierte er die Ausbildung zum mittleren nichttech-

nischen Dienst. Danach war er viele Jahre in verschiedenen Bereichen der Bahn in Karlsruhe tätig. So unter anderem als Zugvorbereiter, als Disponent in der Güterabfertigung Karlsruhe-Miro, als Kfz-Disponent im Umschlagbahnhof oder als Frachtrechner im Rheinhafen.

Doch als das Kundenservicezentrum Duisburg entstand, fielen viele kleine Güterverkehrsstellen weg. So kam es, dass auch die Arbeitsplätze von Ste-

fan Karbstein und seinen Kollegen wegfielen. „Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht, ob wir nach Duisburg gehen und umziehen müssen“, erzählt Kollege Karbstein.

Aber dazu kam es nicht, denn für alle gab es auch dort keine Arbeitsplätze. Im Februar 2002 kamen er und seine Kollegen zur DB Vermittlung. Er hatte Glück. Bei der DB Netz AG wurden Leute für ein Projekt gesucht. Voraussetzung: Computerkenntnisse. „Die hatte ich, aber ansonsten war das für mich eine absolute Herausforderung. Ich bin kein Techniker. Das war Signaltechnik“, sagt Stefan Karbstein und fügt schmunzelnd hinzu: „Mein Grundsatz ist: Mehr als verlieren kann ich nicht. Und dann kämpfte ich mich durch.“

Also hatte er schon nach wenigen Tagen einen neuen Job. Zunächst für das Projekt PZB 90 – punktförmiges Zugbeeinflussungssystem. Mithilfe seiner

Bei einer teilweisen Kreditfinanzierung des Bundeshaushalts muss unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten sichergestellt werden, dass die Kapitalanlage des Versorgungsfonds durchschnittlich eine mindestens so hohe Rendite erzielt wie die für die aufzunehmenden Kredite anfallenden Fremdkapitalkosten, das heißt die Rendite des Versorgungsfonds muss mindestens dem durchschnittlichen Zinsaufwand für die Kredite des Bundes entsprechen. Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank ist diese Bedingung mittel- und langfristig grundsätzlich erfüllbar.

Die Zuführungspflicht besteht nur für die nach dem 31. Dezember 2006 beim Bund erstmals begründeten Dienstverhältnisse. Für die vor dem 1. Januar 2007 beim Bund bereits vorhandenen Beamtinnen, Be-

amten, Richterinnen, Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sind Zuführungen zur vollständigen Deckung der Versorgungsausgaben nicht finanzierbar. Für die Verwaltung der beiden Sondervermögen durch die Deutsche Bundesbank erlässt das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen Anlagerichtlinien.

Versorgungsfonds gibt es in unterschiedlicher Ausgestaltung bereits in mehreren Bundesländern. Auch für den Bundesbereich besteht die Notwendigkeit, die Finanzierung der Versorgungsausgaben nachhaltig zu sichern. Die Versorgungsausgaben für die derzeitigen Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebene werden regelmäßig aus dem laufenden Bundeshaushalt gezahlt. j.m.



# Kunde?

# König!

## ieren kann ich nicht

neuen Kollegen, einer guten Einweisung und hohem persönlichen Engagement hat er es geschafft. Nach gut zwei Jahren wurde die Stelle Planberichterstattung, Planungsverwaltung für signaltechnische Pläne ausgeschrieben. Er bewarb sich und wurde fest eingestellt. Ein SAP-Lehrgang schloss sich an und heute fühlt er sich wohl hier.

Auch wenn Stefan Karbstein als Beamter keine direkten Existenzängste hatte, kann er sich gut in die Lage anderer versetzen. In der Zeit bei der DB Vermittlung war er aktiv im Betriebsrat tätig. „Da habe ich hautnah mitbekommen, wie problematisch der Wegfall des eigenen Arbeitsplatzes werden kann und welche Ängste die Betroffenen haben“, sagt er.

Nach einem Wunsch für die Zukunft befragt, kommt ganz spontan die Antwort: „So lange wie möglich diesen Job behalten. Ja, vielleicht auch beruflich noch etwas weiterkommen.

Aber möglichst nicht wieder in Richtung JobService.“

Die unterschwellige Sorge ist nicht zu überhören, denn auch hier wird wieder umstrukturiert. Dass das immer mit Personalreduzierung einhergeht, ist sehr zu befürchten. Da findet Stefan Karbstein es nur gerecht, dass durch den Beschäftigungssicherungstarifvertrag auch die Tarifkräfte weitestgehend abgesichert sind. „Der Wegfall des Arbeitsplatzes bringt auch so genug Ängste und Sorgen mit sich. In anderen Betrieben kommt dann Arbeitslosigkeit, Arbeitsamt mit wenig Perspektiven. DB JobService und der konzernweite Arbeitsmarkt sind da schon eine gute Sache. Da haben die Leute Chancen, wieder einen Job zu bekommen und fallen nicht ins Leere.“

**Stefan Karber fand dank DB Vermittlung eine neue Arbeitsstelle.**

**Sparda-Banken**

*freundlich & fair*

Die Bank für Privatkunden  
www.sparda.de

COUPON

Ja, ich will Ihre Bank kennen lernen.

Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zur Sparda-Bank ist einfach -  
Coupon ausfüllen und einwerfen an die Service-Agentur der Sparda-  
Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)

SD 12